

„Der Prozess muss weiter gehen“

Vom 2. bis 27. Mai fand in New York die 7. Überprüfungskonferenz des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) statt – ohne greifbare Ergebnisse. Mit Dr. Götz Neuneck, Mitglied der deutschen Delegation und Sprecher des Arbeitskreises „Physik und Abrüstung“ in der DPG, sprach Stefan Jorda.

Muss man die Überprüfungskonferenz in New York als gescheitert betrachten?

In gewisser Hinsicht schon, denn Stillstand bedeutet auf dem Sektor nuklearer Abrüstung und Non-Proliferation Rückschritt. Der Vertrag lebt im Wesentlichen von einem Tauschgeschäft: Auf der einen Seite müssen die Kernwaffenstaaten mit nuklearer Abrüstung weiter voranschreiten; andererseits verpflichten sich die Nicht-Kernwaffenstaaten zu nuklearer Enthaltbarkeit, die aber die friedliche Nutzung von Kernenergie beinhaltet. Dieser Konflikt ist immer schwerer zu lösen, auf dieser Konferenz ist es nicht gelungen.



Götz Neuneck

Woran lag das?

Die Nicht-Kernwaffenstaaten fordern seit 1995 verbindliche und irreversible Schritte inklusive dem schnellen Inkrafttreten des Kern-teststoppvertrages CTBT und weiterer Abrüstungsinitiativen ein. Die Kernwaffenstaaten argumentieren, dass sie genug abgerüstet haben. Die USA und Russland besitzen aber noch mehr als 5000 strategische Sprengköpfe. Gleichzeitig ist eine „Renaissance der Nuklearwaffen“ eingetreten. So forcieren die USA die Entwicklung von Nuklearwaffen, die in die Erde eindringen, sog. mini-nukes. Angesichts der Einführung von Raketenabwehr und der Androhung von Interventionen glauben einige Staaten, ihre Sicherheit nur noch mit Nuklearwaffen sichern zu können. Dieses Dilemma kann auch der NVV nicht ad hoc lösen.

Dieser Vertrag wurde ja 1995 unbefristet verlängert. Ist er mit dem jetzigen Ergebnis dennoch tot?

Der NVV ist nicht tot. Von den 189 Vertragsstaaten hält sich der

überwiegende Teil an die Verpflichtungen und propagiert sie. Aber es gibt schwere Rückschläge und besorgniserregende Fälle. Nordkorea ist aus dem Vertrag ausgetreten, was allerdings formal noch nicht vollständig vollzogen ist, sodass die Hoffnung auf ein Einlenken besteht. Iran pocht darauf, die Kernenergie friedlich zu nutzen und dafür die Urananreicherung einzuführen. Laut Artikel 4 des NVV ist dies zulässig. Das Problem ist, dass die Anlage innerhalb kurzer Zeit auch zur Produktion von hochangereichertem Uran genutzt werden kann, die Expertise und Ausrüstung für ein militärisches Programm wäre dann im Iran vorhanden. Die USA vermuten daher hinter den zivilen auch militärische Absichten. Dieser Konflikt bedarf vordringlich einer Lösung.

Wie könnte eine solche Lösung ausschaun?

Man könnte dem Iran Brennstoffautonomie zusichern oder regenerative Energietechnologien anbieten. Was den Iran aber auch umtreibt, ist die Sicherheitslage im Mittleren Osten. Die iranische Delegation hat auf die israelischen Nuklearwaffen verwiesen. Viele US-Truppen befinden sich in der Region. Die Lösung im Mittleren Osten wäre die Schaffung einer nuklearwaffenfreien Zone, eine Forderung, die übrigens vom Iran selber stammt und auch von Ägypten unterstützt wird. Ich denke, man sollte sich hier nicht nur auf den Iran selbst konzentrieren, sondern auf die Verbesserung der Sicherheitslage im Mittleren Osten, was allerdings nicht sehr schnell zu erreichen ist.

Welche anderen Brandherde gibt es?

Wenn der Vertrag weiter erodiert, kann das eine oder andere Land tatsächlich vom Nichtkernwaffen- zum Kernwaffenstaat werden. Ein hochrangiger UN-Bericht spricht von einer „möglichen Kaskade der Weiterverbreitung“, die ausgelöst werden könnte. Der ehemalige Verteidigungsminister der USA, McNamara, hat auch andere Länder genannt, insbesondere in Asien und im Mittleren Osten. Es gibt vereinzelt Stimmen in Japan, in Taiwan, in Südkorea, aber auch in Ägypten, Syrien, Saudi Arabien, die sagen, man könne sich nur gegen militärische Interventionen wehren, wenn man ein nukleares Abschreckungspotenzial besitzt. Außerdem bleiben die Fälle Indien, Pakistan

und Israel ungelöst und unsanktioniert. Bei Pakistan ist es besonders bedauerlich, weil der Leiter des dortigen Nuklearprogramms trotz jahrelanger gegenteiliger Versicherung der Regierung dafür gesorgt hat, dass ein Schwarzmarkt entstanden ist. Daran waren auch asiatische und europäische Firmen beteiligt, die Wissen und Ausrüstung geliefert haben, mit denen man waffenfähiges Material herstellen kann.

Die drei letztgenannten Staaten haben den NVV nicht unterzeichnet.

Es sind die einzigen Staaten, die nicht Vertragspartei sind, und daher auch nicht in New York vertreten waren. Es gibt immer wieder den Ruf, diese drei De-Facto-Kernwaffenstaaten zu Vertragsparteien zu machen. Das Dilemma ist nur, wie: als Kernwaffenstaat oder als Nicht-Kernwaffenstaat? Der internationale Druck auf diese Staaten ist nicht sehr hoch.

Im Jahr 2000 haben sich die Unterzeichner auf 13 Schritte zur weiteren Abrüstung und Rüstungskontrolle verpflichtet. Was ist daraus geworden?

Das war einer der großen, oft wiederholten Kritikpunkte in New York. Zu den 13 konkreten Abrüstungsschritten gehören die Ratifikation und das schnelle Inkrafttreten des CTBT, die weitere nukleare strategische Abrüstung im Rahmen der START-Verträge, der Erhalt des ABM-Vertrags und anderes mehr. Nichts davon ist umgesetzt worden, und folglich klagen viele den Wes-

Der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) trat 1970 in Kraft. Mittlerweile haben ihn 189 Staaten unterzeichnet. Er verpflichtet die Kernwaffenstaaten zu Abrüstung und im Gegenzug die anderen Staaten zum Verzicht auf Kernwaffen. Darüber hinaus regelt er die Zusammenarbeit der Vertragspartner bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Alle fünf Jahre finden Konferenzen zur Überprüfung des NVV statt.

ten an, mehr oder weniger von der Abrüstung abgerückt zu sein.

Was entgegnen die USA?

Die USA selbst haben bereits in der Vorphase der Konferenz gesagt, dass sie sich nicht mehr an die 13 Schritte halten wollen, weil sich die Sicherheitsbedingungen geändert haben, Stichwort: 11. September, die Gefahr des Nuklearterrorismus, der Schwarzmarkt. Dabei machen gerade diese Entwicklungen eine Stärkung der Rüstungskontrolle und nuklearen Sicherheit dringend erforderlich.

Wie wird es jetzt weitergehen?

Wenn auch die Frustration darüber sehr groß war, dass man in New York multilateral und dem UN-Konsensprinzip unterworfen nichts erreichen konnte, so stimmt mich doch zuversichtlich, dass kaum ein Staat wirklich bezweifelt hat, dass der Prozess weitergehen muss. Es wurden auch von der EU einige gute Ideen vorgeschlagen. Man muss die Öffentlichkeit weiter informieren, welche komplexen Sicherheitsprobleme einzelne Staaten haben

und dass die horrende Zerstörungskraft der Nuklearwaffen nichts zu einer Lösung beitragen kann. Dann kann man mittelfristig auch hoffen, dass die Kernwaffen in ihrem Wert wieder an Bedeutung verlieren. Außerdem müssen technische Analysen vorangetrieben werden in Bezug auf Verifikation, Vertrags-einhaltung und die Transparenz der Nukleararsenale. Urananreicherung und Wiederaufarbeitung können nur unter strikter internationaler Kontrolle z. B. der IAEO betrieben werden. Die Proliferationsresistenz nuklearer Anlagen und die nukleare Sicherheit muss forciert werden. Bei einem UN-Gipfel von 170 Ländern im September könnten einzelne Staatschefs eigenständig versuchen, den Stillstand zu überwinden. Dazu gehören beispielsweise eine verstärkte Kampagne zur Ratifikation des CTBT, einseitige Verpflichtungen, keine neuen Nuklearwaffen zu entwickeln, genauere Berichte über das, was abgerüstet worden ist. Das sind kleine Maßnahmen, die aber darauf hin deuten könnten, dass mehr möglich ist, als im Augenblick sichtbar ist.

Welche Rolle könnte dabei die EU spielen?

Die anderen Kernwaffenstaaten könnten sich ein Beispiel an Präsident Putin nehmen, der erklärt hat, er wolle die vereinbarten 1700 Sprengköpfe, die bis 2012 in den strategischen Arsenalen übrig bleiben sollen, noch mal um 200 Sprengköpfe auf 1500 zu reduzieren. Hier gibt es offensichtlich noch erheblichen Spielraum. Wenn mehr Initiative gezeigt wird, werden längerfristig auch diejenigen, die in den USA abrüstungresistent sind, wieder mitmachen. Positiv wurde auch die Rede von Außenminister Fischer aufgenommen, der eine alte Forderung der neutralen Staaten aufgegriffen hat, die verbliebenen taktischen Nuklearwaffen der NATO abzuziehen. Nach einem Abzug müsste man aber auch über die Vernichtung dieser Waffen in den USA und in Russland sprechen, die bislang völlig außerhalb der Rüstungskontrolle stehen. Diese Waffen sind, wie McNamara gesagt hat, gefährlich und in einem erweiterten Europa politisch sinnlos. Die NATO könnte den Weg ebnen, die taktischen Nuklearwaffen in Europa fünfzehn Jahre nach Ende des Ost-West-Konfliktes vollständig zu eliminieren. Dieser Schritt würde seine Wirkung weltweit nicht verfehlen.

Bei Einstein zu Besuch



Albert Einsteins Sommerhaus in Caputh, erbaut 1929 von dem Architekten Konrad Wachsmann, ist nach umfangreichen Instandsetzungsmaßnahmen nun wieder für die Öffentlichkeit zugänglich.^{*)} Zwischen 1929 und 1932 empfing Einstein hier zahlreiche Freunde und Kollegen aus aller Welt, darunter Max Planck, Rabindranath Tagore,

Käthe Kollwitz und Heinrich Mann. Die Renovierungsarbeiten mit Kosten in Höhe von 500 000 Euro, die Anfang 2004 begannen, waren durch die endgültige Klärung der Besitzverhältnisse im Jahr 2003 möglich geworden.^{*)} Das Haus soll auch in Zukunft ein Ort des wissenschaftlichen, politischen und kulturellen Dialogs werden. (Foto: H. Bach)

*) Informationen zu Öffnungszeiten und Eintrittspreisen finden sich unter www.einsteinforum.de/html_docs/einsteinhaus01.htm.

*) vgl. D. Hoffmann, Physik Journal, April 2003, S. 12